

CDU Wie Steinbach loswerden?

Die Spitze der Unionsfraktion will ihre Menschenrechtssprecherin Erika Steinbach (CDU) trotz Unmuts wegen deren drastischer Twitter-Posts zur Flüchtlingskrise nicht des Amtes entheben. Fraktionschef Volker Kauder und sein Erster Parlamentarischer Geschäftsführer Michael Grosse-Brömer kamen bei einem Telefongespräch überein, keine Abberufung Steinbachs anzustreben. Das in der Fraktion nötige Votum könne für zu viel Unruhe unter den Abgeordneten sorgen, von denen viele die Flüchtlingspolitik ähnlich kritisch sehen wie Steinbach. Diese hatte zuletzt auf Twitter ein Foto

eines blonden Kindes gepostet, das unter der Überschrift „Deutschland 2030“ von einer Gruppe dunkelhäutiger Menschen gefragt wird: „Woher kommst du denn?“ Die Fraktionsführung hofft nun auf einen freiwilligen Amtsverzicht Steinbachs. „Ihre Äußerungen machen fassungslos und sind in keiner Weise nachvollziehbar“, sagt Fraktionsvize Sabine Weiss (CDU). „Wenn das ihre Haltung ist, sollte sie ernsthaft über einen Verzicht auf das Amt der Menschenrechtssprecherin nachdenken.“ Auch Karin Maag, Chefin der Gruppe der Frauen in der Fraktion, kritisiert Steinbach: „Abgeordnete sollten Vorbild sein, nicht zur Verunsicherung der Bürger beitragen.“ ama

Umwelt Gegen Kaffee kapseln

Die Grünen im Bundestag wollen Herstellern von Kaffee in Aluminiumkapseln den Kampf ansagen. „Der Trend zu Kaffee kapseln ist ökologisch ein Irrweg, denn er bedeutet eine enorme Ressourcen- und Energieverschwendung. Bequemlichkeit kann nicht auf Kosten der Allgemeinheit gehen“, sagt der umweltpolitische Sprecher der Partei, Peter Meiwald. In Deutschland wurden 2014 fast drei Milliarden Kaffee kapseln verbraucht, das entspricht einem Müllberg von etwa 5000 Tonnen Aluminium und Plastik. Wenn die Unternehmen nicht frei-



GEISER / IMAGO

willig Konzepte zur Müllvermeidung vorlegten, sei der Gesetzgeber gefragt, so Meiwald. „Helfen könnte dann beispielsweise ein Pfandsystem oder eine Umweltafgebefee auf die Kapseln.“ bs

Türkei EU finanziert Abschiebezentren

Die Europäische Union fördert die Abschiebung von Flüchtlingen aus der Türkei. Wie der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Markus Ederer, auf Anfrage der Grünen bestätigt, finanziert Brüssel „Aufbau und Ausstattung

von Zentren für die Aufnahme und Rückführung von Drittstaatenangehörigen“ in dem Land. In diesen Zentren sollen Menschen untergebracht werden, die aus Nicht-EU-Ländern in die Türkei geflohen sind und in ihre Heimat zurückgebracht werden sollen. Die Regierung in Ankara hat sich außerdem verpflichtet, Menschen zurückzu-

SPD „Berliner Schönwetterpolitik“



NORA KLEIN

Der thüringische SPD-Vorsitzende und Oberbürgermeister von Erfurt, **Andreas Bausewein**, 42,

über die Flüchtlingspolitik der Kanzlerin und die Schwächen der Sozialdemokraten

SPiegel: Herr Bausewein, Angela Merkel hält an ihrem „Wir schaffen das“-Mantra fest. Überzeugt Sie das?

Bausewein: Ja, sie muss aber auch sagen, wie. Wir kommen an eine Belastungsgrenze. Deutschland kann die Probleme der Welt nicht allein lösen.

SPiegel: Tut die Bundesregierung genug?

Bausewein: Die Flüchtlingskrise lässt sich nur mit viel Geld lösen. Viele Gemeinden hatten schon ohne Flüchtlinge kaum noch finanzielle Spielräume. Ohne zusätzliche Mittel vom Bund fliegen uns die Haushalte um die Ohren. Wenn es so weit kommt, muss etwa bei der Kultur gespart werden, um soziale Leistungen bezahlen zu können. Glaubt im Ernst jemand, dass wir diese Debatte politisch durchstehen?

SPiegel: Ihr Parteichef Sigmar Gabriel hat also recht mit seiner Forderung nach höheren Sozialleistungen für die einheimische Bevölkerung?

Bausewein: Die Stimmung in der Bevölkerung ist längst nicht mehr so gut wie im vergangenen Jahr. Zwar laufen die Leute nicht panisch herum, aber wer mit ihnen

spricht, merkt, dass viele Angst vor einem Staatsversagen haben. Auf die Sorgen müssen wir reagieren. Nicht jeder, der Bauchschmerzen hat, ist gleich ein Nazi.

SPiegel: Fürchten Sie ein weiteres Erstarren der AfD?

Bausewein: Die AfD war im vergangenen Jahr politisch am Ende. Erst das konsequente Ignorieren der Probleme durch die Berliner Schönwetterpolitik hat sie wieder stark gemacht. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass sie nicht noch stärker wird.

SPiegel: Die Flüchtlingskrise hat nicht nur die Umfragergebnisse der Kanzlerin abruttschen lassen, sondern auch die der SPD. Warum steht die Partei so schlecht da?

Bausewein: Früher war es mal die Stärke der Sozialdemokraten, Wahlen von unten zu gewinnen. Da ist uns vieles abhandengekommen. Es gibt bei uns nicht wenige, die in ihren Büros theoretisch die Welt betrachten, sich aber keine Gedanken machen, wie Politik praktisch funktionieren könnte. Ich empfehle deshalb allen, mehr mit den Menschen vor Ort zu reden.

SPiegel: Auch das ist ein Mantra Ihres Parteichefs: Dahin gehen, wo es brodeln, riecht und manchmal auch stinkt.

Bausewein: Gabriel kann nicht alles allein tun. Es gibt Abgeordnete, die seit Jahren im Parlament sitzen, aber bei Wahlen weniger Erststimmen bekommen, als die SPD Zweitstimmen erhält. Wer nicht einmal jeden sozialdemokratischen Wähler von sich überzeugen kann, hat den Beruf verfehlt und sollte etwas anderes machen. bö, kn